

## Die Ganztagsschule in den Wahlprogrammen der 6 im Bundestag vertretenen Parteien

Noch 2017 konnten wir vom Ganztagsschulverband, wie viele andere gesellschaftlich relevante Gruppen und Verbände den Parteien sogenannte Wahlprüfsteine vorlegen und die Antworten unseren Mitgliedern und Freund\*innen mit einem Kommentar versehen präsentieren. In diesem Jahr war das auf Grund einer Absprache der 6 Bundestagsparteien nicht in gleicher Weise möglich. Weil wir aber dennoch wissen wollten, wie sich die um die Stimmen streitenden Parteien zur Ganztagsschule, zur Betreuung und den damit zusammenhängenden Themen positionieren, habe ich im Auftrag des Bundesvorstandes die Wahlprogramme mit Hilfe einer Suchmaschine durchforstet. Das rein technische Ergebnis finden Sie in der beigefügten Tabelle. Die Texte in den Punkten 2. – 11. sind als Zitate aus den Programmen entnommen. Die Programme finden Sie auf den Homepages der Parteien. Alle Parteien bis auf Die Linke haben eine PDF-Version (Stand 11.07.2021) veröffentlicht, das Programm der Die Linke gibt es zurzeit nur als Web-Version. Sollte Die Linke noch ein PDF nachreichen, wird dieser Artikel entsprechend aktualisiert. Auch gilt es bei allen Aussagen zu berücksichtigen, dass nach derzeitigem Stand der Gesetzeslage die Hoheit über die Schulen bei den 16 Bundesländern liegt, die ihre Zuständigkeit über Parteigrenzen hinweg verteidigen.

Nun zum Vergleich des Inhalts:

1. Ich beginne mit **drei Zählproben**. Wie viele Male wird „**ganzttag**“ im Programm verwendet? In den Programmen der CDU/CSU, der AfD und der FDP erscheint die Kombination der beiden Silben nicht, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke erwähnen sie je 7 mal und die SPD 6 mal. Die Wortkombination **Familie und Beruf** wird von der CDU / CSU, der AfD und der Die Linke je 4 mal, der SPD und Bündnis 90 / Grüne je 3 mal und von der FDP 1 mal erwähnt. Die **Betreuung** im Kontext von Kindern / Erziehung / Schule nennen die FDP 10 mal, Bündnis 90 / Die Grünen 8 mal, die Linke 4 mal und CDU / CSU, SPD und AfD je 4 mal.
2. **Die Ganztagsschule in den Wahlprogrammen**: Die SPD möchte Schulen erstklassig ausstatten und einen besonderen Schwerpunkt auf die Ganztagsschule legen. Bündnis 90 / Die Grünen wollen Ganzttag für alle Kinder ermöglichen und Die Linke schreibt, dass jedes Kind die Möglichkeit haben muss, eine Ganztagsschule zu besuchen. Weder CDU / CSU noch FDP oder die AfD machen eine programmatische Aussage zur Ganztagsschule.
3. Zum Thema **Recht auf einen Ganztagsplatz** / Betreuung im Grundschulalter findet sich bei AfD und FDP nichts, die CDU / CSU nennt ganz allgemein das Recht auf eine „qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die verlässlich und dem Bedarf angemessen ist“. Bei der SPD und dem Bündnis 90 / Die Grünen wird der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ausdrücklich genannt. Die Linke legt sich fest „Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita“.
4. Alle Parteien widmen sich intensiv, wenn auch unterschiedlich nuanciert den Themen der Verbesserung der **Bildungschancen und der Bildungsgerechtigkeit**. Vergleichen Sie dazu einfach die Aussagen in der Tabelle unter 4.. Nur für die SPD ist die Ganztagsschule bei diesen Themen von zentraler Bedeutung. Für die übrigen Parteien spielt die Ganztagsschule dabei keine Rolle.
5. Zum Thema **Inklusion** äußern sich CDU / CSU, die SPD und die FDP nicht. Das Bündnis 90 / Die Grünen sehen in Bildung und Inklusion die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben, Die Linke will Förderschulen überflüssig machen und eine inklusive Schule mit einem Zwei-Lehrer\*innen-System etablieren, während die AfD in der Förderschule den Königsweg sieht und alle Förderschulen erhalten will.

6. Zum **pädagogischen Personal** machen CDU / CSU und AfD keine Aussagen. Die SPD erkennt den Mangel an gut ausgebildetem erzieherischen Personal und möchte die Länder hier für den weiteren Ausbau bei der Ganztagsbetreuung etc. mit gezielten Impulsen unterstützen und die Zahl der Nachwuchskräfte bis 2030 verdoppeln. Die SPD fordert multiprofessionelle Teams und ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit mit Chancenhelfern in den Kommunen. Bündnis 90 / Die Grünen wollen einen guten Lohn für die Arbeit, die die Erzieher\*innen leisten und multiprofessionelle Teams etablieren, um Schüler\*innen ideal unterstützen zu können. Die Linke fordert eine Initiative des Bundes um 100.000 Lehrkräfte und 200.000 Stellen für Erzieher\*innen und Schulsozialarbeit, sowie die Etablierung multiprofessioneller Teams für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\*innen, Erzieher\*innen, Schulpsycholog\*innen und medizinisches Fachpersonal. Die FDP schließlich möchte ambitionierte gemeinsame Standards von Bund und Ländern im Betreuungsschlüssel und die Attraktivität des Erzieherberufs durch Schulgeldfreiheit und Vergütung verbessern. Außerdem schreibt die FDP in ihr Programm: Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein.
7. Zur **Bund-Länder-Kooperation im Bildungssektor**, die in den vergangenen 16 Jahren häufig zu sowohl parteilichem Streit als auch zu Kontroversen zwischen Bund und Ländern führte, positionieren sich die Parteien ausweichend oder gar nicht. AfD und FDP äußern sich nicht. CDU / CSU fordern neue Kooperationsformen zwischen den Ländern, die SPD will gezielte unterstützende Impulse setzen. Bündnis 90 / Die Grünen möchten im Grundgesetz eine „Ermöglichungsklausel“ zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen verankern, während Die Linke das Kooperationsverbot im Grundgesetz komplett aufheben und Bildung zur Gemeinschaftsaufgabe aller drei Verwaltungsebenen machen will.
8. Es gibt seit einigen Jahren Initiativen **zum Schulessen / zur Ernährung** allgemein. In Berlin wurde der Anfang zur Etablierung eines kostenlosen Schulessens gemacht. Initiativen verschiedener Bundesministerien zielen auf eine qualitative Verbesserung. In den Programmen zur Wahl 21 stellt sich Die Linke befürwortend hinter die Forderung eines kostenlosen Schulessens für alle Kinder. Die CDU / CSU legt Wert auf eine Ernährungsbildung, Sport und den Zugang zu gutem Kita- und Schulessen. Die übrigen Parteien äußern sich nicht.
9. In der Frage der **Überwindung der Pandemiefolgen** in den Schulen möchten CDU / CSU mit Milliardeninvestitionen helfen, die sozialen und psychischen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Die SPD will eine Bundesinitiative zur Chancengleichheit starten. Bündnis 90 / Die Grünen wollen über ein Bund-Länder-Modellprogramm jede Schule mit flexibel einzusetzenden Budgets ausstatten und Die Linke setzt sich für eine Schulreinigung in der öffentlichen Hand und verbesserte Hygienestandards ein.
10. Die **Digitalisierung von Schule und Bildung** haben alle Parteien als öffentlichkeitswirksam zu vermarktendes Thema erkannt. Die Vorschläge in den Programmen reichen von einem ganz allgemein zu schaffenden Grundverständnis in der Medienkompetenz (CDU / CSU) über ein Modernisierungsprogramm (SPD), einem Laptop für jede/n Schüler/in, kostenfreien Internet zu Hause, verbesserte Ausstattung der Schulen (Die Linke), einem Digitalpakt 2.0 mit Makerspaces und einer verbesserten technischen und personellen Ausstattung der Schulen (FDP), der Stärkung der Digitalthemen schon in der Grundschule ohne Technikgenderstereotype sowie der digitalen Bildung als Gemeinschaftsaufgabe (Bündnis 90 / Die Grünen) bis hin zu einer nicht zu übersehenden Skepsis „Digitalisierung ist kein Selbstzweck“ und der Forderung nach einem digitalfreien Raum in der Grundschule bei der AfD.

11. In der Frage der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sind sich die Parteien insofern einig, als alle das Thema beackern und Versprechungen zur Verbesserung formulieren. Für die AfD ist es wichtig, dass eine Familie wieder von einem Gehalt leben können muss, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit und Erwerbspause entscheiden können.

#### **Mein Kommentar:**

Aus der Sicht der Ziele und programmatischen Aussagen unseres Ganztagsschulverbandes müssen wir ernüchert feststellen, dass die Ganztagsschule nicht mehr im Fokus bundespolitischer Bildungsinitiativen steht. Das IZBB ist Geschichte. Der erhoffte Schub, der für eine große Zahl echter Ganztagsschulen, die in Ausstattung, Struktur und Bildungserfolgen zu einer Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Breite der schulischen Ausbildung und der Gesellschaft führen sollte, ist nur ansatzweise eingetreten. Keine der Parteien macht ganztägige Bildung und Betreuung zu einem zentralen Thema, so wie es noch 2017 war. Obwohl beispielsweise die jährliche Verleihung des Deutschen Schulpreises, der Preis geht seit Jahren in weit überwiegender Zahl an Ganztagsschulen, die möglichen Erfolge ganztägiger Schulen zeigt, scheuen die Parteien bis auf Die Linke „Jede\*r Schüler\*in muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagsschule zu besuchen...“ eine eindeutige über den derzeitigen minimalen Stillhaltekonsens im Streit mit den mächtigen Bundesländern hinausgehende Positionierung. CDU / CSU, AfD und FDP erwähnen die Ganztagsschule nicht einmal, die SPD will einen Schwerpunkt auf die Ganztagsschule legen und Bündnis 90 / Die Grünen legen nicht nur Wert auf den Rechtsanspruch zur Betreuung in der Grundschule sondern erstaunlicherweise auch auf die Ganztagsbildung. Dabei sollte doch jedem klar sein, dass Kinder keine Betreuung brauchen. Betreuung für ihre Kinder brauchen die Familien. Kinder jedoch brauchen etwas, das in der Verleihung des Deutschen Schulpreises immer wieder deutlich wird. Kinder brauchen ein anregungsreiches, das Lernen und die individuellen Stärken förderndes Umfeld. Dieser Prämisse kommen Bündnis 90 / Die Grünen noch am ehesten mit ihrer Aussage „Schulen sollten die besten Orte im Land sein, mit schnellem Internet und sauberen Toiletten, mit multiprofessionellen Teams, die dank guter Aus- und Weiterbildung, sicheren Berufswegen und einem guten Lohn Kinder in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung geben.“ nahe. Es ist mir jedoch beim Lesen und Vergleichen der Wahlprogramme deutlich geworden, dass in der derzeitigen Gemengelage aus bundespolitischer Machtlosigkeit und landesherrlicher Hoheit im Bildungssektor kurzfristig keine grundsätzlichen Verbesserungen zu erwarten sind. Das Verharren in etablierten Strukturen hat Konjunktur. Kinder sind unsere Zukunft, das hört und liest man allenthalben. Die endlosen Debatten um den Digitalpakt mit weltfremden Antragsformalien für ohnehin am Limit arbeitende Schulen, das bis ins Jahr 2029 hinausgezögerte Recht auf einen Betreuungsplatz bis zum Ende der Grundschulzeit, den Schutz der Kinder vor den Gefahren einer COVID 19-Erkrankung und aktuell die Diskussionen und Auseinandersetzungen um die schulischen Folgen und Kosten der Pandemie und nicht zuletzt die bevorstehenden Klimaveränderungen lehren uns leider Gegenteiliges. Personell und sächlich gut ausgestattete Ganztagsschulen würden die Wertschätzung der nachwachsenden Generationen dokumentieren und einen wertvollen Beitrag zur Zukunft unseres Landes leisten.

Rolf Richter, 11.07.2021